

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederjählicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vereins-Büro).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 15 Pfg., Familienamt, 10 Pfg.,
Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 67.

Berlin, Sonnabend, 29. August 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Zum 100. Geburtstag von Schulze-Delitzsch. —
10. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der
Deutschen Fabrik- und Handarbeiter. — Allgemeine Rund-
schau. — Gewerkevereins-Zeile. — Verbände-Zeile. —
Literatur. — Anzeigen-Zeile.

Zum 100. Geburtstag von Schulze- Delitzsch.

Am heutigen 29. August feiert zum 100. Male
der Tag wieder, an dem Hermann Schulze-Delitzsch
geboren wurde. Am 29. April d. J. waren 25 Jahre
verflossen, seit der Begründer und Vater des deutschen
Genossenschaftswesens zu Potsdam die Augen für
immer schloß. Wir erfüllen eine Ehrenpflicht, wenn
wir uns des großen Toten an seinem 100. Geburts-
tage erinnern. Denn Dr. Hermann Schulze-Delitzsch
war ein echter Volks- und Arbeiterfreund, der nicht
nur durch seine nationalen Bestrebungen für ein frei-
heitlich geeintes Deutschland und durch seine schöpferische
und unermüdete Tätigkeit auf dem Genossenschafts-
gebiete, sondern auch durch seine entschiedene Mit-
wirkung bei der Begründung der Deutschen Gewerke-
vereine sich unsterbliche Verdienste um unser Vater-
land und die Arbeiter erworben hat. Unser Dr. Max
Hirsch kämpfte an der Seite des Meisters für das
deutsche Genossenschaftswesen, Dr. Schulze-Delitzsch
an der Seite unseres Max Hirsch für die Begrün-
dung und Weiterentwicklung der Gewerkevereine.

Schon als 30-jähriger Mann verfaßte Schulze
im Jahre 1838 sein „Wanderbuch“ mit den art-
förmigen, hochpoetischen Wanderliedern, die namentlich
vielen alten Handwerkern und Arbeitern noch in
lebendiger Erinnerung geblieben sind.

Drum ob sie auch des Krieges Vorber preisen,
Weil er des Landes Feind bestand als Held:
Um Menschenwohl, zu seiner Brüder Segen,
Da gibt's zu wirken noch ein still'res Feld

Und einen schlimmeren Feind noch zu bekämpfen,
Der tüchtig schleicht sein Opfer nah:
Das Geld ist's, die Not, der bleiche Mangel,
Ach, Kaufende ganz ohne Hilf und Rat!

Ja hier, hier bracht's ein opfern' treues Mähen,
— Wer ist's, der mit mir seinen Bestand leihet? —
Ich fühl's, viel Sämnis hat ich einzuholen,
Drum, den Bebrängten sei mein Tun geweiht!

In dem Not- und Hungerjahr 1846 organisierte er
als Patrimonialrichter von Delitzsch in seiner Vaterstadt
Sammlungen für die Hungernden, pachtete eine Mühle
und eine Bäckerei, um den Verarmten das Brot teils
frei, teils zu dem halben Preise liefern zu können.
Schon im Jahre 1847 beherrschte ihn abnungsvoll
der Sturm, den das Jahr 1848 bringen sollte. Sein
Weihnachten 1847 verfaßtes Gedicht „Deutscher Volks-
frühling“ ließ ihn als den tiefempfindenden Freund
der Freiheit des Volkes und des Vaterlandes erkennen.
Fragend ließ er den Solisten singen:

Hört ihr vom Himmel hoch des Donners Rollen,
Das schauert durch die Luft wie ernstes Räthen?
Von anderer Seite geht ein leises Ahnen,
Und also tönt's, wie ferne Stimme Grollen:
„Ist's Zeit, daß ihr an Spiel und Tanz euch weidet?
Schaut ihr das Leuchten nicht am Saum der Wolke?
Der Welt's frühglüh' nabel meinem Volke,
Und habt ihr auch die Städte ihm bereitet?“

Der Chor antwortete:

Brüder, nicht mit Jubelchören,
Nicht mit Kränzen hebt es an,
Leben leidet aus Zerföhren,
Und der Sturm erst regt die Bahn.
Nieder stürzt's in Welterlöchen,
Heiß entzünden Kampf und Streit,
Erst das alte Eis zu brechen,
Eh' uns Rosen bringt die Zeit.

Drum, gelobt's in echer Bette
Für das Vaterland entläßt:
Männerherzen sind die Stätte,
Wo der Völk' Frühling blüht!
Frischer Mut und feste Treue,
Starke Hand und fluger Rat,
Daß der Hund sich feis erneue
Und das Lied es werde Tat!

In die Nationalversammlung von 1848 in
Berlin gewählt, wurde er Vorsitzender eines
parlamentarischen Norstandsausschusses ernannt, der
sich u. a. auch mit etwa 1600 Petitionen, welche die
Not der arbeitenden Klassen zum Gegenstand hatten,
beschäftigen mußte. Dies ließ ihn einen tiefen Blick
tun in das Elend der Arbeiter und Handwerker jener
Lage. Seine Sorge war, wie diesem Elend ent-
gegenzuwirken sei. Die Selbsthilfe müsse es sein!
„Mehrere kleine Kräfte vereint bilden eine große, und
was man nicht allein durchsetzen kann, dazu soll man
sich mit anderen verbinden“. Das war sein Leitwort
für die Genossenschaften. Von der bald nach 1848
eintretenden Reaktion wie ein Wind gekehrt und ver-
folgt, quittierte er den Staatsdienst und lehrte 1851
als freier Mann wieder nach Delitzsch zurück, wo er
nun mit unermüdlicher Energie für die Armen und
Notleidenden im Volke wirkte und ihre in der Ver-
einzelung schwachen Kräfte genossenschaftlich zu organi-
sieren begann. Nach dem letzten von ihm bearbeiteten
Rechenschaftsbericht waren 1881 3481 Genossen-
schaften nachgewiesen, die in Kredit-, Konsum- und
Baugenossenschaften über 1 Million Mitglieder zählten.
Als ihm 1852 ein Freund riet, er möchte doch wieder
in den Staatsdienst zurücktreten, statt seine Arbeits-
kraft in kleiner Arbeit für die Armen zu ver-
brauchen, da antwortete er ihm in einem Briefe vom
26. Mai 1852:

„Ist es denn in Deinen Augen wirklich nichts,
hundert von Familien Kredit und Erziehung zu verschaffen,
für den Folgen der Armut und des Elends zu be-
schützen, durch Belebung und Vermehrung des Verkehrs
ihre Umstände zu verbessern? Und das nicht durch Almosen,
sondern durch Leitung und Anregung ihrer eigenen Kraft,
woburd unaußschießlich ihr menschliches Selbstgefühl, ihre
bürgerliche Tüchtigkeit in jeder Weise gehoben wird?
... Du hast keinen Begriff von den menschlichen
Equivalenz, die mir bei diesen guten und wackeren
Leuten oft wird, wenn ich ihren regen Sinn für Bildung,
ihre Opferfähigkeit und Herzenswärme mit der Erbärm-
lichkeit der Vougeotte vergleiche, und neue Lust und Kraft
um gemeinnützigen Eredien aus dem Verkehr mit ihnen
schöpfe. Wenn ich ein Starcker bin, wie Du sagst,
was ist dann schönerer Beruf als dem
Schwachen zu helfen?“

Unser Max Hirsch trat Schulze näher in seinem
Kampfe mit Ferdinand Lassalle. Im Gegensatz zu
Schulze und dessen Empfehlung der Selbsthilfe und
der freien Vereinigung in der Genossenschaft, verwies
Lassalle einzig und allein auf die Staatshilfe. Der
Streit entstand aus dem politischen Gegensatz zwischen
der Fortschrittspartei und der Lassalle'schen Sozial-
demokratie. Lassalle verhöhnte seinen politischen
Gegner. Alle Vorteile der Genossenschaften ver-
mühten nicht die Wirkungen des „ehernen Lohn-
gesetzes“ aufzuhalten. Nur Produktivgenossenschaften
mit Staatshilfe könnten Hilfe bringen. Mit hundert
Millionen Talern Staatskredit, der durch Ausgabe
zinsloser Papiere beschafft werden sollte, wollte Lassalle
die soziale Frage lösen können.

Die Fortschrittspartei war stark und daher dem
Fürsten Bismarck unebenem. Um dieser in die
Parade zu fahren, unterstützte er Lassalle. Bismarck
ließ sogar eine Arbeiterdeputation von Webern nach
Berlin kommen, welche dem König vorgeleitet wurde
und dann auf Bismarck's Befürwortung aus der
Privatschatulle des Monarchen eine Geldunterstützung
empfang zur Begründung einer Produktivgenossen-
schaft. Trotz wiederholter Zuschüsse aus des Königs
Schatulle jedoch ging dieselbe bald darauf elend zu-
grunde. Lassalle aber verzichtete nicht, bei seinen
Agitationen sich auf den König von Preußen, Bis-

mark und die Regierung zu berufen. Aus geheimen
Fonds wurde der „Sozialdemokrat“ in Berlin be-
gründet, und Bismarck's Werkzeug, der sozialdemo-
kratische Führer Dr. von Schweiger, wurde sein Re-
dakteur. Das Blatt feierte die reaktionäre Regie-
rungspolitik, um die Fortschrittspartei um so heftiger
herabwürdigend zu können. Das ging selbst Sozialisten
zu weit. Liebknecht veröffentliche eine Abfage, worin
er erklärte: „Es sei unmöglich, daß die Arbeiter
Deutschlands ihre Wange dem Judasstusse hinhielten
und für das Einsegericht eines feudal-sozialistischen
Mischmaschs die Zukunft ihres Volkes erschwächerten“.

Bis 1872, wo er Schweiger fallen ließ, unter-
hielt Bismarck geheime Beziehungen mit den
Lassalleanern. Sein Zweck, die Arbeiter von der
Fortschrittspartei zu trennen, wurde zum guten Teile
dadurch erreicht, und seitdem hatte die Reaktion
leichtes Spiel.

Auf Anregung von Schulze-Delitzsch ging unser
Dr. Max Hirsch 1868 nach England, um dort das
Genossenschaftswesen zu studieren. Dabei fand er
auch die Gewerkevereine. Die Geschichte ist unseren
Lesern bekannt. Bei den ersten schweren Kämpfen,
in die unsere Gewerkevereine verwickelt wurden, stand
ihnen Schulze-Delitzsch treu zur Seite. Mit einem
Ausruf wandte er sich um materielle Hilfe an die
Deffentlichkeit, um den Bergarbeitern Waldenburgs
in ihrem Kampfe um die Koalitionsfreiheit zu helfen.
Wir werden dem unsterblichen Meister der ge-
nossenschaftlichen Selbsthilfe nicht vergessen, was er
uns gewesen. Möge sein großes Werk weiter blühen,
möge die deutsche Arbeiterkraft seine zahlreichen, ihr
gewidmeten Schriften lesen, dann wird sie ihn als
ihren aufrichtigen Freund anerkennen und seinem
Geiste folgen.

10. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter.

(Fortsetzung statt Schluß.)

t. Halle a. S., 27. August. Aus dem Tätig-
keitsbericht des Generalsekretärs C. Hahn-Burg sind
weiter noch folgende bedeutungsvollere Sätze hervor-
zuheben:

Die Schwankungen des Arbeitsmarktes wirken
allermeistens auch bestimmend ein auf den Domizil-
wechsel des Arbeiters. Die Freizügigkeit, das Recht
des Arbeiters, seine Arbeitskraft zu da zu werben, wo
sie ihm den höchsten Gewinn verspricht, wird wertlos,
wenn ihm die Mittel fehlen, den alten Wohnsitz zu
verlassen und einen neuen anzuschauen.

Dieser Erkenntnis liegt die Gewährung von
Umzugsbeihilfen an verziehende Mitglieder zugrunde,
die die Deutschen Gewerkevereine schon seit ihrer Be-
gründung als eine wichtige Aufgabe ihrer sozialen
und genossenschaftlichen Tätigkeit erachteten. In der
abgelaufenen Berichtsperiode wurden hierfür 12072 Mk.
bezahlt.

Die Pflicht genossenschaftlichen Beistandes solchen
Mitgliedern gegenüber auszuüben, die unverschuldet
in Bedrängnis und materielle Not geraten, hatte der
Gewerkeverein schon sehr früh erkannt. Die Ge-
währung solcher Unterstühtungen war eine der ersten
Einrichtungen unserer Organisation. Der bestföhl-
ste Arbeiter, ohnehin an der untersten Grenze der Lebens-
haltung, steht vor unvorhergesehenen Schicksalschlägen,
die über ihn oder seine Familie hereinbrechen, rat-
und hilflos da, der Gewerkeverein soll ihm Berater
und Helfer sein. In der Berichtsperiode wurden des-
halb für solche Notstandsunterstühtungen 22575 Mk.
verausgabt, die sich in Sätzen zwischen 5 und 36 Mk.
bewegen und über 1200 Mitgliedern zu gute kamen.

Wir bringen bei dieser Gelegenheit in Erinnerung
„Die Deutschen Gewerkevereine“ (Hirsch-Dünder). Eine kurz
gefaßte Geschichte von Karl Goldschmidt. Verlag des Ver-
bandes. Preis 50 Pfg.

Auch im laufenden Jahre erhielten 210 Mitglieder solche Unterstüßungen. Infolge der ungenügend starken Finanzspruchnahme sah sich die vorige Generalversammlung veranlaßt, für die Zahlungen solcher Unterstüßungen eine Wartzeit von fünf Jahren festzusetzen. Ob es sich empfiehlt, diese bestehen zu lassen oder sie — weil Not und Glend unvorbereitet eintreten und unabhängig von den gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnissen bleiben — diese Wartzeit zu kürzen, muß Ihrer Erwägung anheim gegeben werden. Hierin sind auch diejenigen Mitglieder eingeschlossen, welche, nachdem sie aus der Krankenkasse nach 26wöchiger Unterstüßung ausgesteuert sind, den bestehenden Satzungen gemäß während acht Wochen eine Unterstüßung von 4,50 Mk. erhalten.

Auch der vom Gewerbeverein gewährte Rechtsschutz gehört mit zu seinen ältesten Einrichtungen.

Wer berechtigte Arbeiterinteressen vertreten will und sie gegen Anmaßung und Herrendünkel nach der einen und gegen Verleugung und Klassenkampfgelüste auf der anderen Seite zu verteidigen hat, der kann es nicht vermeiden, daß ihm Widersacher erstehen. Die Gewerbevereine kämpfen für Volksbildung, Seelensfreiheit und Aufklärung in ihrer Presse, da kann es nicht ausbleiben, daß auch Dunkelmänner und Finstertlinge ihnen großen und sie zu vernichten suchen. Auch hierin haben wir mancherlei Erfahrungen gemacht.

Unter den Männern, die führend und fördernd für unsere Sache im Glinde standen, hat der Tod in den letzten fünf Jahren reiche Ernte gehalten. Die Schreckensnachricht vom dem plötzlichen Hinscheiden des Verbandsanwalts erriete uns, als wir in Naumburg zur Beratung unserer Krankenkassenangelegenheiten zusammengetreten waren. Der Widerhall, den die Trauerkunde bei Freund und Feind gefunden, die rückhaltlose Anerkennung, die unserem Führer für sein der Volkswohlfahrt geweihtes Streben von allen Parteien und Bevölkerungsschichten an seinem Sarge gepollt wurde, gaben herabgewandte Kunde von der Größe des uns betroffenen Verlustes.

Auch unsere eigenen Reihen hat der Tod gelichtet und Männer uns entführt, deren Eifer und Schätzenslust noch manchen Erfolg versprochen. Wir nennen unter den bekannteren nur die Namen Bethge, Frauenschuh, Aug. Haupt, Heine, Hübner, Stützer und Wegmann. — Bethge, Aug. Haupt, Hübner und Wegmann gehörten dem Generalrat des Vorrats an.

Wenn der genossenschaftliche Gemeinfinn, die Hingabe an die unsere Bestrebungen zugrunde liegenden großen Ideen, die bisher auf allen unseren Wegen als Leitsterne dienten, Ihren Beratungen und Beschlüssen die Richtung weisen, dann wird die zehnte ordentliche Generalversammlung ihren Vorgängern sich würdig anreihen und dem Gewerbeverein zum Segen gereichen.

Au den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Bericht knüpfte sich eine lebhafte Besprechung, an der sich fast sämtliche Delegierte beteiligten. Aus allen Richtungen ging das ernste Streben hervor, den Gewerbeverein nach innen und außen zu kräftigen und zu mehren; es wurden mancherlei Fingerringe für die fernere Agitation gegeben, dabei aber auch besonders der Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften hart verurteilt.

Der vom Schatzmeister H. Raab-Burg erstattete Rechenbericht für die Verwaltungsjahre 1903—1908 wies eine Einnahme von 870 781,28 Mk. auf. Veranschlagt wurden u. a. für Arbeitslosenunterstützung 95 944,87 Mk., für Streifenunterstützung 57 334,36 Mk., für Notstandsunterstützung 22 575,52 Mk., für Umzugentwöhnung 12 072,10 Mk. und für Bildungszwecke 24 021,21 Mk. Das Vermögen des Gewerbevereins betrug Ende v. J. 299 243,18 Mk., die Mitgliederzahl 15 845 in 369 Ortsvereinen.

Dem Schatzmeister wurde nach kurzer Besprechung auf Antrag des Generalrevisors Guttschmidt-Burg Entlastung erteilt.

Nunmehr erstatteten die Bezirksbeamten Kappeler-Augsburg und Mukrasch-Berlin ihre Tätigkeitsberichte. Beide schilderten die großen Schwierigkeiten, mit denen sie bei ihrer Arbeit zu kämpfen haben. Die sozialdemokratischen und die christlichen Gewerkschaften und auch die gelben Gewerkschaften suchten die Gewerbevereine nach allen Richtungen hin zu bekämpfen und zu schwächen, und leider seien die Massen der Arbeiter von den Führern derart betört, daß sie oft den Vernunftgründen der Gewerbevereiner kein Gehör schenken. Trotzdem würden die Agitationsbeamten ihre Arbeit für den Gewerbeverein mit Mut und Ausdauer fortsetzen, da die gesunden Prinzipien der Gewerbevereine doch endlich den Sieg davontragen müßten. Die Tätigkeit der beiden Beamten wurde allseitig dankend anerkannt.

Es folgte nun die Beratung der Anträge auf Abänderung des Gewerbevereinsstatuts. Der einleitende Paragraph erhält in Berücksichtigung des vom letzten Verbandstage festgesetzten Programms und des damit verbundenen Beschlusses, daß jeder Gewerbeverein ein besonderes Programm aufzustellen habe, folgende Fassung:

„Die grundlegende Richtung des Gewerbevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter (V. D.) ist eine vollständig-freie. Er will bei Lösung voller Duldung in religiösen Dingen mithelfen, die Menschheit zu geistiger Freiheit, geistiger wirtschaftlicher Kraft und wachsendem Wohlstand einzuwirken, gemäß dem auf dem Verbandstage der Deutschen Gewerbevereine zu Berlin Bingen 1907 auf neue festgesetzten Programm. Das gewerbliche Arbeitsverhältnis soll nach Lage der Gesetzgebung ein zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichberechtigtes und gleichwertiges sein.

Weibliche Personen sind bei gleichwertiger Leistung wie männliche Arbeiter zu entlohnen. Der Arbeitslohn muß so beschaffen sein, daß er dem Arbeiter und seiner Familie ausreichenden Unterhalt gewährleistet.

Die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat unter gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den Arbeitgebern zu erfolgen. Betriebsstätten und Fabrikräume sind den hygienischen Anforderungen und den Fortschritten der heutigen Technik entsprechend einzurichten; demgemäß ist für Vervollständigung und gewissenhafte Benutzung der zur Verhütung von Unfällen angebrachten Schutz-einrichtungen an Maschinen zu sorgen.“

Der § 3 des Statuts

„Der Gewerbeverein steht auf dem Boden der in freier Privatwirtschaft sich betätigenden Selbsthilfe im Gegensatz zu den auf Gemeinwirtschaft gerichteten Bestrebungen anderer Vereinigungen, und befolgt inbetreff der Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder folgende leitende Grundsätze:“ (wie bisher),

wurde in seiner bisherigen Fassung beibehalten.

Einmütig beschloß man folgende Fassung der Beitrittserklärung:

„Ich erkläre hiermit durch meine Namensunterschrift, daß ich bei meinem Eintritt in den Gewerbeverein der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter (V. D.) von dem Inhalt des Statuts Kenntnis hatte, diesen und die Beschlüsse des Delegiertentages für mich als bindend erachte und mich demselben unterwerfe. Ich erkenne ferner an, daß eine Verlegung dieser Erklärung, insbesondere auch durch Agitation gegen die Prinzipien des Gewerbevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter meinerseits meinen Ausschluß mit Verlust des Anspruchs an das Vereinsvermögen und die von mir eingezahlten Beiträge zur Folge hat.“

Im § 4 des Statuts wurde für die Worte „daß er Anhänger der Grundsätze des Privatigentums ist“ gesetzt: „daß er auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung steht.“ Abgelehnt wurde der Antrag, daß Meister und Unternehmer nicht als Mitglieder aufgenommen werden dürfen.

Bzüglich der Aufnahme von Mitgliedern anderer Organisationen nahm man folgenden Antrag an:

„Mitglieder anderer Organisationen können bei uns mit ihren vollen erworbenen Rechten laut unserem Statut übernommen werden; das bisherige Statuten- und Leitungsbuch, das beim Uebertritt abzuliefern ist, gilt als Beleg ihrer erworbenen Rechte.“

Das Eintrittsgeld wurde unter Ablehnung aller vorliegenden Anträge auf 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder festgesetzt.

Die Beratung über die Beiträge nahm längere Zeit in Anspruch. Schließlich wurde der von der gesamten Generalratsitzung in Magdeburg gefaßte Beschluß, einen Staffelpreis von 10, 15 und 20 Pf. einzuführen, bestätigt und dann noch folgende Resolution angenommen:

„Der Delegiertentag macht es allen Ortsvereinsauschüssen zur Pflicht, dahin zu wirken, daß alle Mitglieder, die noch in der 10 Pfennig-Stufe sind, baldigst, spätestens aber bis zum 1. Oktober 1909, in die 15 Pfennig-Stufe eintreten, um den Gewerbeverein auf allen Gebieten seiner Aufgaben zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen immer leistungsfähiger zu machen.“

Donnerstag Abend wurden die Verhandlungen auf Freitag früh vertagt.

(Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 28. August 1908.

Auf dem 49. Genossenschaftstag in Frankfurt a. M., der sich eines starken Besuchs zu erfreuen hatte, war auch unsere Verbandsleitung durch ihren Vorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt, vertreten. Die Feier des 100. Geburtstages von Schulze-Delitzsch gab der diesmaligen Tagung ein besonderes Gepräge. Die von unserem Kollegen Goldschmidt bei Beginn der Verhandlungen des Genossenschaftstages gehaltene Rede geben wir hier im Wortlaut wieder:

Hochanständige Versammlung! Im Namen des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine (V. D.) begrüße Sie und danke der Anwaltschaft für die Einladung zum 49. Genossenschaftstage und zu der getriggen eindrucksvollen Feier, die allen unerschrocken bleiben wird, die daran teilnehmen. Wir sind Ihrer Einladung gern gefolgt. Aus dem Munde des vereinigten Gründers der Deutschen Gewerbevereine Dr. Mor. Hirsch wissen wir es, daß der große Volksmann und aufrichtige Arbeiterfreund Schulze-Delitzsch und seine Genossenschaften von entscheidender Bedeutung waren für die Gründung unserer Gewerbevereine.

In dem Kampfe zwischen Kasse und Schulze-Delitzsch, der auch nach dem Tode Kasses von dessen Anhängern fortgeführt wurde, unternahm es unser Dr. Mor. Hirsch, die Unternehmung der Frage zu wägen, welche praktischen Erfolge den auf Selbsthilfe beruhenden englischen Genossenschaften beschieden waren, um mit den genossenschaftlichen Erfahrungen in einem kapitalistisch vordringenden Lande Schulze-Delitzsch wirksam unterlegen zu können. Denn in Deutschland tobte der Kampf, ob die Selbsthilfe-Genossenschaften nach Schulze-Delitzsch oder die Genossenschaften nach Kassesteiner Rezept mit Staatshilfe siegreich sein werden. Was Dr. Mor. Hirsch bei seinen Untersuchungen in England fand, sprach für Schulze und gegen Kasse. Die redlichen Pioniere von Rochdale haben im besonderen Maße den Beweis erbracht, was genossenschaftliche Selbsthilfe zu leisten vermag. Und in Deutschland haben die Genossenschaften gezeigt, daß Schulzes Arbeit fruchtbringende Taten zeugte. Seit dem 1. Genossenschaftstag 1859 in Weimar haben die Genossenschaften einen gewaltigen Aufschwung genommen, und das starke Vertrauen des unsterblichen Meisters in die Selbsthilfe, ist glänzend gerechtfertigt worden. Kassesteiner Werk ist gar bald, trotz königlicher Hilfe, die Bismarck vermittelte, verborsten. Kassesteiners Bedeutung bestand, wie längst auch in seinem Lager erkannt wurde, ausschließlich in seiner agitatorischen Kraft, während Schulze-Delitzsch als ein praktischer Volksmann nicht nur überzeugend zu reden, sondern auch praktisch zu handeln verstand. Sein Werk gedieh, langsam von unten heraus aufgebaut, zu kraftvollen Größe. Kassesteiner wollte mit hundert Millionen Talern den kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein Ende bereiten. Wie kleinlich nimmt sich diese Summe heut aus gegenüber den Milliarden, die inzwischen durch die Genossenschaften, insbesondere in den Kredit-, Konsum- und Baugenossenschaften, gewirkt haben. Die sogenannte kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht aber immer noch. Sie frei zu machen von ihrem Druide gibt es eben nur das eine wirkliche Mittel: Das ist die genossenschaftliche Organisation, weil in ihr nicht nur die materielle, sondern auch die sittliche Kräftigung, die Mehrung der inneren und äußeren Fähigkeiten des Volkes, ihre Fundamente haben.

Genossenschaften und Gewerbevereine beruhen auf denselben Grundgedanken. Wenn auch verschieden in ihrer Wirken, so sind sie doch eins im Wesen. Darum stand auch Schulze-Delitzsch an der Wiege unserer Gewerbevereine und half ihnen mit Rat und Tat. ... Mor. Hirsch, der ausgegossen war, die Genossenschaften zu studieren, fand aber nicht nur, daß die englischen Genossenschaften der Selbsthilfe sich praktisch glänzend bewährten, er fand noch mehr, was nicht weniger bedeutend war, nämlich die Trade-Unions, die Gewerbevereine der Arbeiter, die er auch dann in Deutschland zu gründen unternahm. Es wurden die deutschen Genossenschaften auch zur indirekten Ursache für die Begründung der Deutschen Gewerbevereine. Wie über den Rahmen des Verbandes der Deutschen Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften hinaus der genossenschaftliche Gedanke, wie ihn Schulze-Delitzsch lehrte und übte, Fuß faßte und Verbreitung fand, so hat auch die praktische Tat von Dr. Mor. Hirsch weit über den Rahmen des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine hinweg Nachahmung gefunden. Und so darf ich schon heute sagen: Ueber den dornenwunden Umweg, den ein großer Teil der deutschen Arbeiterkraft durch die Sozialdemokratie machte, wird sie zu dem Ziele gelangen, das ihnen die Meister der genossenschaftlichen Gedanken und der praktischen Tat Schulze-Delitzsch und Dr. Mor. Hirsch vor 50 und 40 Jahren gesteckt haben. Wie die Dinge fernerhin auch laufen mögen, ihnen gehört die Zukunft. Aus dem ändernden Rost wird klarer Wein werden! Die Zeit wird kommen, wo die Gesamtheit der Arbeiter in Schulze-Delitzsch und Dr. Mor. Hirsch ihre besten Lehrer und aufrichtigsten Freunde erkennen wird. Deutsche Genossenschaftler, ich und ich und ich, tatkräftig mitzuwirken, daß dieser Tag bald erscheine. Seine Morgenröte ist schon angebrochen. Möge er bald mit kräftigen Sonnenstrahlen alle Mähefellen erquickend der Arbeit Ehre, Recht und Freiheit zum Siege verhelfen!

Wir in unseren Gewerbevereinen organisierten deutschen Arbeiter werden am 29. August am Denkmal des Meisters in Berlin einen Vorbesuch niederlegen mit der Bitte: „Dem Freunde und Lehrer der deutschen Arbeiter, Schulze-Delitzsch, zum 100. Geburtstag.“

Die Rede fand großen Beifall. Wir verweisen hierzu noch auf unseren heutigen Beiratsartikel.

Die in der Rede angekündigte Kranzniederlegung am Denkmal Schulze-Delitzsch erfolgt heute vormittag 11 Uhr durch die Kollegen Hartmann, Klein und Lewin.

Die Krankenversicherung der Landwirtschaftlichen Arbeiter soll bei der bevorstehenden Revision der Arbeiterversicherung mit geregelt werden. Zumindestens hieß es in einer durch die Presse gehenden Notiz. Die Nachricht hat sofort die Junter auf dem Plan gebracht, zu deren Sprachrohr sich die „Arbeiter-Zeitung“ hergibt. Dem Blatte erscheint es recht

franglich, ob gegenwärtig die Zeit besonders dazu angeeignet ist, den ländlichen Arbeitgebern neue Lasten aufzubürden.

Nun, wir sind der Meinung, daß, wenn es nach der „Kreuz-Zeitung“ und ihren Hintermännern geht, überhaupt niemals die Zeit „besonders dazu angeeignet“ ist, die Krankenversicherung der Landarbeiter durchzuführen. Andererseits aber ist die Konjunktur für die Landwirte niemals so günstig gewesen, wie gerade jetzt. Aber freilich die Herren sind verwöhnt! Lasten tragen, und wären sie auch noch so gering, ist nicht ihre Sache. Sie fühlen sich bloß wohl in der Rolle der Nehmenden. Im übrigen fürchten wir, daß die Beizorgnis der „Kreuz-Zeitung“ zunächst noch unbeeinträchtigt ist. Denn uns erscheint es noch recht zweifelhaft, ob überhaupt in der bevorstehenden Session die Reform der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung bereits den Reichstag beschäftigen wird.

Das Neudeck von der Augsburger Maschinenfabrik. Unermüßlich stimmt die Leitung dieses unheimlich bekannnten Unternehmens darauf, neue Mittel zur Entretung ihrer Angestellten zu finden. So will die „Neue Augsb. Ztg.“ von durchaus zuverlässiger Seite erfahren haben, daß in der letzten Zeit die Mitglieder des Deutschen Technikerverbandes in die Bureaus der Abteilungschefs herufen worden sind, wo ihnen ein Revers in die Feder diktiert wurde, in dem sie eigenhändig auf ihr Koalitionsrecht verzichten mußten. Der Revers lautet ungefähr:

1. Ich verpflichte mich, der Direktion der Maschinenfabrik Augsburg Mitteilung zu machen, bevor ich in einen anderen Verband eintrete.

2. Zurzeit bin ich Mitglied des Deutschen Technikerverbandes.

3. Ein Beitritt zum Bund der technisch industriellen Beamten liegt mir fern.

Auf diese Weise beabsichtigt die Betriebsleitung offenbar, einen Keil zwischen die Angestellten-Verbände, die bisher treu zusammengehalten haben, zu treiben. Leider scheint ihr das auch zu gelingen, denn schließlich soll der Revers ausgestellt werden. Einem Verbandsmitglied, das auf diese Weise sein Koalitionsrecht verkauft hatte, wurden nach vollzogener Unterschrift die Worte zugerufen: „So, jetzt bekommen Sie ihre Aufbesserung!“ Man braucht sich unter solchen Umständen nicht zu wundern, wenn der eine oder andere der Versicherten unterliegt und die Unterschrift gibt. Ob nach diesem Vorgange die Maschinenfabrik wohl noch die Stirne besitzen wird, öffentlich zu behaupten, daß sie gar nicht daran denkt, die Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten zu beschränken?

Ein **Fortbildungsschulgesetz** soll, wie die „Köln. Zeitung“ mitteilt, dem preussischen Landtage vorgelegt werden, wonach alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern zur Errichtung und Unterhaltung einer Fortbildungsschule verpflichtet sein sollen. Zum Besuche der Schule sollen alle in gewerblichen oder kaufmännischen Betrieben beschäftigten männlichen Arbeiter unter 18 Jahren drei Jahre lang angehalten werden. Für den Unterricht sind im Jahre 240 Stunden in Aussicht genommen, die sich in der Regel auf 40 Wochen verteilen.

Infolge dessen finden zurzeit Erhebungen darüber statt, in welchen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern eine obligatorische Fortbildungsschule überhaupt noch nicht oder nicht für alle Gruppen gewerblicher Arbeiter besteht, und wieviel Arbeiter bei etwaiger Einführung des Fortbildungsschulzwanges zum Schulbesuche heranzuziehen sein würden. Daneben sollen die Höhe der dadurch erforderlichen Unterhaltungskosten sowie die Höhe des nach den bisherigen Regeln zu berechnenden Staatszuschusses — die Abtufung richtet sich nach der Höhe der direkten Kommunalsteuern — ermittelt werden.

Arbeiterbewegung. Wegen fortgesetzter Maßregelungen sind in den Steingutfabriken Neus-Eörnnewitz bei Meissen die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausnahm getreten. — In Nürnberg verließen die Kohlenarbeiter einen Tarifvertrag mit den Unternehmern abzuschließen. Nur ein kleiner Teil der letzteren aber hat auf die eingereichten Forderungen überhaupt geantwortet, und auch die eingegangenen Antworten kommen den Wünschen der Arbeiter nur in ganz geringem Maße oder gar nicht entgegen.

Da die in den Schuhwarenfabriken von Rovenhagen beschäftigten Arbeiter ihre Zustimmung zu dem zwischen dem Verbande der Gewerkschaften und der Arbeitgebervereinigung getroffenen Uebereinkommen gegeben haben, wird die für den 31. August angekündigte Massenaußsperung vermieden. — Die Arbeiter der orientalischen Eisenbahnen sind in den Streik getreten, der größere Ausdehnung anzunehmen droht. Schon jetzt ist der Güterverkehr völlig eingestellt. — Die Arbeiterchaft der böhmischen Eisumschlagplätze ist in eine Lohnbewegung eingetreten. Man befrachtet den Ausbau eines allgemeinen Streiks der Verladearbeiter.

Die Lage des Arbeitsmarktes zeigte im Juli nach dem amtlichen „Reichsarbeitsblatt“ keine erhebliche Veränderung gegen den Vormonat. Es machten sich die bekannten Saisonrückläufe geltend (Landwirtschaftliche Arbeiten, Wärfertation, Stille im Buchdruckgewerbe); im übrigen zeigte der Kohlenbergbau ziemlich gleichmäßige und günstige Beschäftigung; nur aus dem Saarbezirk wird von einem Rückgang der Anforderungen der Großindustrie berichtet. Auch der Braunkohlenbergbau und die Bricketindustrie hatten gut zu tun. In der Hoheisenindustrie zeigt sich immer noch Zurückhaltung der Abnehmer, die zum Teil durch die Unsicherheit über die Verlängerung des Hoheisenhyndrats beeinflusst wird. In der Eisengießerei waren die süddeutschen Werke meist zufriedenstellend beschäftigt, wogegen der Bestand an Aufträgen bei den nord- und mitteldeutschen Werken mäßig war. In der Beschäftigung der Stahl- und Walzwerke hat sich im Juli nichts geändert, sie hielt sich auf einem mittleren Niveau. Der allgemeine Maschinenbau war im Allgemeinen zufriedenstellend beschäftigt, ebenso der Lokomotivbau und der Eisenbahnwaggonbau. Die Lage der elektrischen Industrie war unverändert günstig.

Im Baugewerbe hielt sich die Beschäftigung auf der Höhe des Vormonats; eine weitere Verschlechterung trat ein in fast allen Zweigen der Textilindustrie, so daß sich in dieser Industrie nicht unerhebliche Betriebsbeschränkungen erforderlich machten. Ebenso war auch die Konfektion nur mäßig beschäftigt, wogegen die Fußleder- und künstliche Blumenindustrie viel zu tun hatten. Die gemischte Großindustrie zeigte in den meisten Zweigen nach wie vor günstige Verhältnisse; eine Besserung zeigte in diesem Monat auch die Spielwarenindustrie im Zusammenhang mit der Saison. Die Binnenschiffahrt wurde durch den niedrigen Wasserstand erheblich beeinträchtigt, die Frachtschiffe konnten wegen des niedrigen Wasserstandes vielfach nur ungenügend ausgenutzt werden.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berechneten Krankenkassen ergab sich vom 1. Juli auf den 1. August eine Abnahme der Beschäftigungsziffer um 22 067 Personen gegenüber einer Zunahme von 5083 Personen im gleichen Monat des Vorjahres. Die Berichte der Arbeitsnachweise lauten sehr ungleich, die Arbeitslage in Berlin war ziemlich ungünstig; aus Bayern lauten die Berichte besser, wogegen in Baden wieder ein Rückgang eingetreten ist.

Die Verkehrsmaßnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren auch im Juli niedriger als im Vorjahr, und zwar um 2 176 542 Mt. Es bedeutet dies gegen das Vorjahr eine Wiedereinnahme von 76 Mt. oder 2,82 Prozent auf den Kilometer.

Der brave Metallarbeiterverband. In der letzten Nummer der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ wird ein Rückblick geworfen auf den Nieterstreik beim Stettiner „Bullau“ und dabei auch polemisiert gegen die „Frankf. Ztg.“, die dem Gesamtverbande deutscher Metallindustrieller die Absicht unterworfen hatte, daß es ihm nur darauf ankomme, eine allgemeine große Aussperrung vorzunehmen, um dadurch den beteiligten Organisationen einen gewaltigen Schlag zu versetzen. Gegen diesen Vorwurf wehrt sich das Scharfmacherblatt mit folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

Diese Beschuldigung ist um so ungeheuerlicher, als de facto (in Wirklichkeit) D. (Rev.) der beschuldigte Arbeitgeberverband ja eigentlich nichts anderes getan hat, als daß er durch den von ihm auf die Metallarbeiter ausgeübten Druck die Autorität des Metallarbeiterverbandes über die Nieter gestärkt hat. Denn tatsächlich befanden sich ja der Gesamtverband und der Metallarbeiterverband den unbotmäßigen Nietern gegenüber in sachlicher Uebereinkunft. Ein Arbeitgeberverband aber, der nicht praktischen Zielen nachstrebt, sondern seine Aufgabe in der Fästigung von Maschinenkosten erblickt, wie sie die „Frankfurter Zeitung“ an die Wand malt, würde höchstwahrscheinlich vor einer solchen Gemeinamkeit der Interessen zurückschrecken. So liegt denn das Ruriosum vor, daß während der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller und der Metallarbeiterverband gemeinsam gegen die Nieter vorgehen, die sozial-liberale „Frankfurter Zeitung“ nur für den Metallarbeiterverband eingetreten ist, und sowohl die ausführenden Nieter als den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller befrämpt hat.

Also der Arbeitgeberverband und der deutsche Metallarbeiterverband in völliger „Uebereinkunft“! Der Arbeitgeberverband härt sogar die Autorität des Metallarbeiterverbandes. Besser kann die Harmonie zwischen beiden wahrlich nicht zum Ausdruck gebracht werden. Das ist die Harmoniebüchselei in üppigster Blüte. Wege, wenn eine andere Organisation, z. B. die Deutschen Gewerkschaften, in dieser Weise von einem Unternehmensblatt gelobt würden! Man würde darin sicherlich einen Beweis finden dafür, daß diese Organisation die Rechte der Arbeiter an die Unternehmer verraten hat. Und der deutsche Metallarbeiterverband?

Den Ausschluß der Lokalfisten aus der sozialdemokratischen Partei beantragen zum Nürnbergertag der Parteivorstand und die Kontrollkommission. In der Begründung des Antrages heißt es, daß die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften sich in offenen Gegenatz zur Partei gestellt habe, indem sie unter Anlehnung an die anarcho-sozialistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie gellentlich bekämpfte und schmätzt. Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen, sowie in dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbande sei unvereinbar mit den Grundfäden und den Interessen der Sozialdemokratie. Man will also diesmal offenbar ernst machen. Die auf dem letzten Parteitage eingeleiteten Einigungsversuche haben den gewünschten Erfolg nicht gehabt. Wer nicht pariert, der slegt! Diesen von jeder in der sozialdemokratischen Partei betätigten Grundlag sollen jetzt auch die Lokalfisten, die sich selbst als die eigentlichen Prinzipienwächter der sozialistischen Ideen betrachten, an ihrem eigenen Leibe erfahren. Der Antrag zeigt aber auch wieder von neuem, wie eng Partei und Gewerkschaften verbunden sind.

Ein bemerkenswertes Zugeständnis finden wir in der Nr. 34 der „Baugewerkschaft“, des Organs des christlichen Bauhandwerkerverbandes. Dasselbe wird eine auf dem Vertretertag der liberalen Arbeitervereine angenommene Resolution veröffentlicht, die eine glatte Absage an die gelben Arbeitervereine enthält und zum Schluß betont, daß der Vertretertag es ablehne, seinen Mitgliedern eine bestimmte Berufsorganisation vorzuschreiben. Er sieht aber eine seiner Hauptaufgaben in der Aufklärung seiner Mitglieder über Ziel und Bedeutung der modernen Gewerkschaftsbewegung. Das erstrebenswerte Endziel ist die Organisation aller Arbeiter in einer politisch neutralen Gewerkschaft.

Dazu bemerkt das christliche Organ: „Letzteres müßte heißen, Hirsch-Dundersche Gewerkschaften“. Es gibt damit also zu, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften die einzige „politisch neutrale Gewerkschaft“ sind. Die christlichen Organisationen sind es demnach nicht. Man muß sich dieses Zugeständnis merken, für die häufigen Fälle, wo von christlicher Seite unsere Neutralität in Zweifel gezogen wird.

Über einen argen Griff in die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, den sich die Betriebsleitung der Kommoder Chamottefeinfabrik zu Walburg, Bezirk Cassel, erlaubt hat, berichtet in seiner Mittwochsnnummer das „Reich“. Eine Anzahl der auf diesem Werke beschäftigten Arbeiter schloß sich dem christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband an. Die Folge war, daß 24 Arbeiter entlassen wurden, darunter Leute, welche 10 und 11 Jahre auf dem Werke tätig waren. Noch am Tage der Entlassung aber wurde ihnen die Weiterbeschäftigung in Aussicht gestellt, falls sie aus dem Verbands austreten wollten. Außerdem wurde den in den Fabrikhäusern wohnenden Gewerkschaftlern sofort die Wohnung gekündigt und folgender Anschlag an den Fabrikhäusern angebracht:

„Bekanntmachung“:
Ich mache hierdurch bekannt, daß unsere die Fabrikwohnungen innehabenden Leute einem Verbands nicht angehören dürfen. Wer sich Unannehmlichkeiten ersparen will, halte sich von solchen stets gegen das eigene Werk gerichteten Bestrebungen fern.
R., den 7. August 1908.
Hofmeister“.

Um aber das Maß voll zu machen, wurde allen in den Fabrikhäusern wohnenden Arbeitern ein Kontrakt zur Unterschrift vorgelegt, nach welchem für die Zukunft die 14-tägige Kündigungsfrist für die Wohnung gilt.

Man sollte es eigentlich kaum für möglich halten, daß in dieser unverfrorenen Weise den Arbeitern ein gesetzlich gewährleistetes Recht geraubt werden könnte. Andererseits aber bietet auch dieser Vorfall wieder ein lehrreiches Beispiel dafür, daß die sogenannten Wohlfahrtsbestrebungen nichts anderes sind als lästige Fesseln, die den Arbeiter hindern, nach freiem Ermessen sich eine Verbesserung seiner Lage zu eringen.

Gewerkschaften-Teil.

§ Berlin. Der Ortsverein der Deutschen Handelskassensarbeiter-Vereinigung hielt am letzten Mittwoch seine ordentliche Generalversammlung ab, in welcher der Vorliegende den Geschäftsbericht gab. Derselbe war zu entnehmen, daß die Agitationsarbeiten in der Berichtzeit und besonders gegen das Ende derselben anerkannterwert durchgeführt wurden. Die Tätigkeit des Vorstandes war durch den Ausbau des Arbeitsnachweises besonders in Anspruch genommen. Die Arbeits-

vermittlung, die im vergangenen Jahre nur in engen Grenzen vollzogen werden konnte, wurde durch Mieten eigener Räume, bestimmt zur Vermittlungstätigkeit und zum Aufenthalt arbeitsloser Kollegen bedeutend gehoben. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war und ist auch gegenwärtig in steigendem Maße dem Angebot bedeutend überlegen. Dieser Umstand unterstützt wesentlich die Agitation der Kollegen und hat sich hierbei das am Anfang des Jahres eingeführte Vertrauensmännersystem vorzüglich bewährt. Dem Ausbau desselben muß also auch weiterhin die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Eine kurze Schilderung der Erfolge sowie des augenblicklichen Standes der Agitation im Reich zwecks Gründung neuer Ortsvereine, wobei die tatkräftige Unterstützung von Seiten der Verbandskollegen lobende Anerkennung fand, bildete den Abschluß dieses Berichtes. Kollege Wiedert gab im Anschluß hieran den Kassenbericht, der ein günstiges Bild der finanziellen Verhältnisse zeigte. Redner, der die aufgewandten Mühen und Opfer eingehend schilderte, schloß mit der Aufforderung, in der agitatorischen Arbeit unermüdet fortzufahren, um unserer Organisation zu der ihr gebührenden Stellung zu verhelfen. Die Diskussion über den Verwaltungsbericht, an welcher sich die Kollegen Gille, Bretsch und Wille beteiligten, bildete eine wertvolle Ergänzung des Berichtes und bewegte sich durchaus in zustimmendem Sinne. In der Ergänzungswahl zum Vorstand wurden Kollege Wiedert als Kassierer, Wille und Collas als Revisoren und Gille als Beisitzer gewählt. Zu der nun folgenden Auffstellung eines Kandidaten zur Berliner Gewergerichtswahl hatte der Vorstand unter Zustimmung der Vertrauensleute den Kollegen Steuer vorgeschlagen. Da dieser wegen seines Arbeitsverhältnisses aber in letzter Stunde ablehnte, wählte die Versammlung den Kollegen Bretsch. Unter Berücksichtigung wurden einige agitatorische Momente einer Erörterung unterzogen, sowie die Tarifbewegung im Spektationsgewerbe gestreift. Die Stellungnahme des Vorstandes in letzter Angelegenheit wurde gutgeheißen und demselben aufgetragen, unserem Organisationsinteresse in allen wirtschaftlichen Bewegungen nachzugehen. Die Versammlung, an deren Schluß der Vorsitzende noch einmal auf die gegenwärtige Situation verwies und aufforderte, in gemeinsamem, taßlosen Zusammenwirken dem gesteckten Ziele zuzustreben, zeigte ein erfreuliches Bild von der ersprießlichen und eifrigen Betätigung der Deutschen Handelsarbeiter-Vereinigung.

Berlin. Die vom Vorstand der kombinierten Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter einberufene Versammlung, in der Kollege Gust. Hartmann über den Kampf auf dem „Balkan“ und seine Gefahren referierte, hat einen guten Verlauf genommen. An den in jeder Hinsicht ersprießlichen Vortrag knüpfte sich eine rege Diskussion, die mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution endete:

Die am 26. August im Verbandsaushaus in Berlin tagende allgemeine Mitgliederversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter verurteilt mit aller Entschiedenheit die gewalttätige Aussperrungstätigkeit der Arbeitgeberverbände, wie sie aus Anlaß des Rietervreißes auf dem „Balkan“ in Estlin angewandt worden ist. Die Versammlung bringt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß diese Maßnahmen, durch welche Tausende von arbeitswilligen Kollegen an freiwilliger Arbeit gewaltsam gehindert und mit ihren Familienangehörigen für längere Zeit dem Mangel und Entbehrungen überantwortet werden, eine Schädigung der gesamten Volkswirtschaft be-

deuten und mit einem Masseneintritt der unorganisierten Kollegen in die Berufsorganisation beantwortet werden müssen.

Die Versammlung ist sich aber auch klar darüber, daß der Gedanke der Vereinigung und Einigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern auf dem Boden der Gleichberechtigung von beiden Teilen immer wieder hervorzuheben werden muß und daß der Streik immer erst als letztes Mittel zur Anwendung kommen darf. Die Estliner Vorgänge und deren Konsequenzen legen Zeugnis dafür ab, daß auf dem Boden der reinen Klassenkampftheorie auf beiden Seiten weder eine Besserung der Arbeitsverhältnisse, noch eine Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen erfolgen kann, sondern daß der Verhandlungsweg auf dem Boden beiderseitiger Gleichberechtigung und Anerkennung als der gangbare und bessere Weg zu betrachten ist, wie dies von den Gewerkevereinen stets betont wurde. Entgegen der vielfach zum Ausdruck gebrachten Ansicht, daß die streikenden Rietervreißer durch ihre Hartnäckigkeit die Aussperrung gegen den Willen ihrer Führer provoziert haben sollen, erklärt die heutige Versammlung, daß nicht die Rietervreißer, sondern die in Frage kommenden Führer der sogenannten „freien“ Gewerkschaften seien allein die Verantwortlichen zu tragen haben, weil diese seit Jahrzehnten durch ihre auf den Kleinrentnerstandpunkt hinzielende Taktik und ihre zweideutige Haltung den Arbeitern und den Arbeitgebern gegenüber einen Zustand herbeigeführt haben, der die Disziplin in den großen Arbeitermassen untergraben und die Arbeiter zu unüberlegtem Verhalten herausgefordert hat.

Oberrheingebirgischer Ortsverband. Unser Ortsverband hielt am 9. August in Waltersdorf b. Schlettau eine Versammlung ab, die vom Ortsverbandsvorsitzenden Kollegen Bröcklein-Buchholz geleitet wurde und zahlreich besucht war. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erhielt auf allgemeinen Wunsch der Sekretär der Königl. Gewerbeinspektion Herr Hilarius-Annaberg das Wort zur Fortsetzung seines Vortrages über die gesetzlichen Bestimmungen betreffend das Kündigungsrecht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf Grund der deutschen Reichs-Gewerbeordnung. Der Herr Vortragende entließte sich seiner Aufgabe in geschickter und allgemein verständlicher Weise, wofür ihm lebhafter Beifall und Dank zuteil wurde. Gleichzeitig wurde aus der Versammlung an ihn das Ersuchen gerichtet, seine gemeinverständlichen und belehrenden Vorträge auch in späteren Ortsverbandsversammlungen fortzusetzen. Im Anschluß daran wurden noch einige Fragen von untergeordneter Bedeutung erörtert, worauf noch ein kleines Vergnügen veranstaltet wurde. Im Verlauf desselben hielt der Kollege Heinrich Herberger-Galle, welcher wegen einer in Schlettau ausgetroffenen Lohn-differenz hierher berufen worden war, eine von echtem Gewerkevereinsgeist befehlte Ansprache, wofür ihm allgemeiner Dank und lebhafteste Zustimmung zum Ausdruck gebracht wurde. Der Erfolg der Ansprache war, daß wir einige Neuaufnahmen zu verzeichnen hatten. Hoffentlich gelingt es, diesen bewährten Kollegen, der soviel für unsere Sache getan hat, auch weiterhin für den Dienst der Gewerkevereine zu erhalten.

Fritz Ballwiesner, Ortsverbandssekretär.
 Nach langem vergesslichen Mühen hat sich auch hier bei den Arbeiterinnen die Erkenntnis durch-gewonnen, daß sie sich zu einem Ortsverein der Deutschen Frauen und Mädchen zusammenschließen müssen. Vom

Ortsverband wurde zum 18. August eine Versammlung zwecks Gründung des Vereins einberufen, wo wir Freude hatten, auch Kolleginnen und Kollegen aus Dresden begrüßen zu können. Das einleitende Referat sollte die Hauptgeschäftsführerin, Frau Rosen-gart-Berlin, halten. Leider war sie selbst wegen Krankheit verhindert, dafür aber als Vertreter ihr Mann erschienen. Nach den freudlichen Ausführungen des Referenten, Kollegen Rosen-gart wurde dann der Verein mit 15 Mitgliedern gegründet. Wir wollen nur hoffen, daß der neue Verein ein florierendes Glied in der Reihe der Deutschen Gewerkevereine wird und sich zu reicher Blüte entfalten möge.

Die Preßkommission.

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Verbandsklub der Deutschen Gewerkevereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. In den Monaten Juli und August fallen die Sitzungen aus. — **Gewerkevereins-Liedertafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 8-11 Uhr, Nebungsaushaus im Verbandsklub der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Distriktsklub Noabitt.** Nächste Sitzung am Freitag, 4. September bei Rabau, Waldstraße 58. — **Waldhanser.** Montag, 31. August, abends 9 Uhr Versammlung bei Frau, Dresdenerstraße 10. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX und XII.** Mittwoch, 2. September, Vortragsabend bei Lehmann, Brunnenstraße 119.

Orts- und Medizinalverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Will. Schulte-Rattler, Distriktsklub. — **Nachen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Leuchter, Ecke Kaufmannsplatz und Zöllnerstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., im Göttemanns Hotel, Poststraße. — **Spandau (Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine, G.-D.).** Jeden Dienstag, ab. 8 Uhr im Beiseinslokale zur Palme, Ritterstr., Sitzung. Gäste willkommen. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderberg, Belegasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. H. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, präz., — **Hagen a. W. (Distriktsklub).** Jede Sitzung jeden Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr präz., im Restaurant „Bayer“, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — **Röln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bayer“, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetom, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Distriktschule bei P. Effenburger, Wangelnstraße. — **Mühlheim a. Nahr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertretersitzung beim Joh. Möller, Sandstraße 38. — **Leitnitz (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robb, Berlinerstr. 120.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Feier
 des
40 jährigen Bestehens der deutschen
 :: :: :: :: **Gewerkevereine** :: :: :: ::
 empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Anschaffung:
 das lebenswahre Bild unseres verstorbenen Anwalts
Dr. W. Girsch,
 künstlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme aus den letzten Lebensjahren) im Karton 46x58 cm groß, zum Preise von
15 M., portofrei.
 Ferner empfehlen wir die vom Bildhauer Dorn nach dem Leben modellierte Büste des Verbandsanwalts zum Preise von 9 M., für Berlin, und für auswärts mit dahn-fertiger Ständerverpackung
12 M., ohne Frachtkosten.
 Zum Wohnungsschmuck für Verbandsgenossen sind noch vorräthig Bilder des Anwalts in seinem Kupferdruck, 16x28 cm groß, zum Preise von 50 Pfg.
 Die Beträge müssen vorher an Verbandskassierer R. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23 eingekandt werden.

Arbeitersekretär für Württemberg.
 Im Herbst d. J. soll für Württemberg, mit dem Sitze in Stuttgart, ein Arbeitersekretär angestellt werden. Derselbe muß rechnerisch begabt, in der Agitation bewandert und mit der sozialpolitischen Gesetzgebung vollständig vertraut sein, so daß er in der Lage ist, den Mitgliedern aller Ortsvereine in allen Fragen an die Hand zu gehen. Bedingung ist, daß der Bewerber Württemberger ist. Selbstgeschriebene Bewerbungen über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs sind an den Unterzeichneten zu richten.
 Das Gehalt beträgt monatlich 160 M.
 Im Auftrage der Kommission:
S. Ballfcheer, H I m a. d. Donau, Arsenalstr. 17.

Der Gewerkeverein
Jahrgang 1907
 auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
 bei vorheriger Einsendung des Betrages.
 N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
 Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
 Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Samm (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassierer, Kollegen Paul Roffe, Uhlmannstr. 9. Durchreisende Mitglieder erhalten 1 Mark Reisegeld, zugereichte, arbeitssuchende Mitglieder erhalten eine Karte zur Wohnkosten, Nachtlages und Frühstück.
M. Glöckner-Wehdy (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jedes Berufes erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerkevereinsbureau, Ecke Birkenstr. und Söstenstr. 1, in nächster Nähe des Bahnhofes. Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten, werden kostenlos an jedermann erteilt.
Hirschberg (Ortsverband im Riesengebirge). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten Unterstützungsmarken b. Herrn S. Klemm, Markt 3, die Unterstützung selbst (50 Pfg.) bei Herrn A. Hartig, Alte Herrenstraße.
Fork (Bauff) Ortsverband. Durchreisende Gewerkevereiner erhalten Verpflegungsmarken beim Ortsverb.-Kassierer Karl Wenzel, Köhlerstr. 14, am Bahnhof.
Wilmshausen (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Nach-quartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, S. Lübeck, Bant, Weidstr. 7.

Gewerkevereine (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark 75 Pfg. bei G. Schröder, b. Kollegen Pieper, Industriestr. 18. Eisenstr. 14.
 Magdeburg. Bauhandwerker. Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark 75 Pfg. bei G. Schröder, Eisenstr. 14.
 Verantwortlicher Redakteur: Szenoz Semin, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. — Druck und Verlag: Schoedel & Gallinell, Berlin W., Potsdamerstraße 110.